

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. November 1911.

Einzelnenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 128.

Zur Situation!

Der Bezirk Queblinburg nahm in einer nicht besonders gutbesuchten Versammlung in Blankenburg a. S. den Bericht seines Vorsitzenden Mag über die Tarifverhandlungen entgegen. Der beifällig aufgenommene Vortrag ließ eine ganze Reihe Diskussionsredner auf dem Plan erscheinen, die die einzelnen Positionen des Tarifs einer Kritik unterzogen, jedoch in Würdigung der schwierigen Situation im großen und ganzen ihr Einverständnis mit dem Erreichten bekundeten. Von einem Maschinenseherkollegen wurde bedauert, daß seine Spartenkollegen nicht geschloffen der Versammlung beiwohnten; die den Maschinensehern zugemuteten Verschlechterungen rechtfertigten in keiner Weise das interesselose Beiseitertreten. Schließlich erklärten sich alle Anwesenden mit Ausnahme eines Maschinensehers mit dem Tarif einverstanden. In Reutlingen fand eine Versammlung des Bezirks Achalm statt, zu welcher auch die Nürtinger Kollegen vollzählig erschienen waren. Kollege Seidel erstattete Bericht über die Stuttgarter Kreisversammlung. In der Diskussion trat die Ansicht zutage, daß den mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohnenten irgendeine Garantie für eine angemessene Aufbesserung hätte gegeben werden müssen. Die Kollegenchaft von Lübeck beschäftigte sich in ihrer Generalversammlung mit dem neuen Tarifvertrage. Nach einem kurzen Referate des Vorsitzenden fand die sofort eine lebhafteste Debatte ein, an der sich besonders die Maschinenseher beteiligten, die nachzuweisen versuchten, daß der neue Tarif aufstatt Verbesserungen, eigentlich nur Verschlechterungen gebracht habe. Die Schreibweise des „Korr.“ wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Vom Vorstande wurde alles daran gesetzt, um dem Tarifergebnisse volle Würdigung vom Standpunkte der Allgemeinheit zuteil werden zu lassen. In der Resolution, die bei stark geladeter Versammlung zur Abstimmung kam, wird der ungünstige Tarifaßschluß auf „unlebensfähige Zustände“ in unserm Verbands zurückgeführt, wodurch sich die Interesslosigkeit vieler Mitglieder erklärte. Unter Protest gegen die „taktischen Kniffe“, die von Vorstand und „Korr.“ gegen die Mitglieder unternommen wurden, stimmte man schließlich dem Tarifergebnisse zu mit dem Bewußnisse, nicht ruhen zu wollen, bis ein größeres Mitbestimmungsrecht erreicht sei. Gegen das Resultat der Abstimmung wurde jedoch von einer Anzahl von Kollegen Protest erhoben, außerdem wurde die „Korr.“-Redaktion nachträglich gebeten, von einer Veröffentlichung des Wortlauts der Resolution im Interesse der Mitgliedschaft Abstand zu nehmen! In Etade gab Kollege Schweineshein (Bremen) einen eingehenden Bericht über die Tarifverhandlungen. Die Versammlung war leider nur minimal besetzt. In der Diskussion wurden die Verschlechterungen der Maschinenseherbestimmungen so schwarz als nur denkbar gemalt. Von anderer Seite wurde dem nicht zugestimmt, sondern anerkannt, daß die Zugeständnisse im Interesse der Allgemeinheit nicht zu umgehen waren. Schließlich erklärte sich die Versammlung mit dem erzielten materiellen Ergebnisse sowie mit dem allgemein Erreichten einverstanden. Die Gehilfenvertreter hätten getan, was in ihren Kräften stand, um Verschlechterungen hintanzuhalten, weshalb ihnen Dank und ferneres Vertrauen gebühre. Der Ortsverein Marienwerder nahm in einer starkbesuchten Versammlung Stellung zu dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen. Vorsitzender Jilian gab ein anschauliches Bild von den Beratungen des Tarifausschusses und der Gewerkschaftskonferenz. In einer ausgiebigen Diskussion wurden die geringe Arbeitszeitverkürzung, die unwesentliche Verbesserung

im Lehrlingswesen, besonders aber die Arbeitszeitverlängerung der Maschinenseher gemißbilligt sowie auch der andern Verschlechterungen gedacht. Es kam aber auch zum Ausdruck, daß fernerhin unsern bewährten Führern Vertrauen entgegengebracht werden müßte, da sie alles versucht hätten, um die soziale Lage der Gehilfen zu heben. In der Versammlung des Bezirks Dessau waren über 250 Kollegen aus den Orten Alken, Bitterfeld, Dessau, Köthen, Jexnitz, Dranienbaum, Rosslau und Zerbst anwesend. Bezirksleiter Ringner gab das Ergebnis der Tarifverhandlungen bekannt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Verschlechterungen der Maschinenseher unser Arbeitslohnheer ungeheuer steigern müßten, das Ideal des Achtstundentags habe einen Schlag erlitten; auch sei es doch sehr hart, daß die mit 3 Mk. über Minimum Entlohnenten leer ausgingen. (Eine starke Behauptung! Red.) In einer Resolution erklärte man sich mit der Tätigkeit unser Gehilfenvertreter einverstanden und erblickte in dem Fortbestande der Tarifgemeinschaft nach wie vor einen Fortschritt für das Gewerbe. Eine äußerst rege Beteiligung hatte eine öffentliche Versammlung in Regensburg zu verzeichnen. Kollege Seitz (München) hatte die Berichterstattung übernommen. Allgemeine Unruhe zeigte während des Vortrags schon, daß nicht alles von der Versammlung gutgeheißen werden würde, was der neue Tarif gebracht hat. In der Diskussion gab dann eine große Anzahl Kollegen mehr oder weniger ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß man wohl zum größten Teile mit den neu eingefügten Bestimmungen sich nicht einverstanden erklären könne. Insbesondere erblickten die Maschinenseher und Maschinenmeister in den neuen Bestimmungen eine Verschlechterung des Tarifs. Die einstimmig angenommene Resolution bedauert das geringe Entgegenkommen der Prinzipale in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verschlechterungen für Maschinenseher und Drucker, die dem Verband finanziell belasten würden. Dem Tarife wurde nur in der Erwartung zugestimmt, daß die neuen Bestimmungen für Maschinenseher eine loyale Auslegung erfahren und daß auch denjenigen Gehilfen die volle zehnjährige Lohnerhöhung zuteil wird, die bereits mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnt sind. Die in Schönberg i. M. abgehaltene Versammlung des Bezirks Schönberg-Grovesmühlens-Neuha war gut besucht. Vorsitzender Hupe berichtigte über seine Eindrücke in der Gänsburger Kreisversammlung. Die recht lebhafteste Debatte beendete eine einstimmig angenommene Resolution, in der sich die Kollegen im großen und ganzen mit dem Ergebnisse der Tarifrevision einverstanden erklärten, jedoch dem Bedauern Ausdruck gaben, daß von der generellen Aufhebung der Ausnahmestimmungen Abstand genommen wurde. In Halle a. S. zeigte es sich bei der Fortsetzung der Diskussion über den neuen Tarifaßschluß, daß die bei der Kreisversammlung aus mancherlei Gründen zurückgehaltene Kritik in der Mitgliederversammlung zum Durchbruche kam. Vorsitzender Schindelbauer referierte über die einzelnen Bestimmungen des neuen Tarifs, Licht- und Schattenseiten dabei sorgfältig abwägend. Im Vordergrund der sehr lebhaften Debatte standen, wie überall, so auch in Halle die Maschinenseher, deren Wortführer heftige Angriffe gegen diesen Tarifaßschluß, wie auch gegen die Gehilfenvertreter und die Schreibweise des „Korr.“ richteten. Dabei gingen die halleschen Maschinenseher in ihrer Opposition so weit, außerhalb der Organisation stehende Kreise für ihre Zwecke zu interessieren, und zwar solche Elemente, von denen Verbandsmitglieder gern abblüden. Dieses ganz eigenartige Verhalten der Maschinenseher erregte natürlich bei den übrigen Ver-

sammlungsteilnehmern berechtigte Entrüstung und Mißbilligung, um so mehr da die Maschinenseher den Vorfall als belanglos hinzustellen bemüht waren! Verschiedene Bestimmungen des neuen Tarifs konnten den Beifall der Versammlung durchaus nicht finden; es waren dies in der Hauptsache außer dem verschlechterten Maschinenseherartarifs: die verschärfte Arbeitskontrolle, die Ausschaltung von zwei Dritteln der Gehilfen bei den Wahlen zu Vertrauensleuten und das Fehlen einer Bestimmung, nach der auch die bis zu 3 Mk. über Minimum entlohnenten Gehilfen die Lohnerhöhung bekommen müssen. Wenn auch zum Ausdruck kam, daß an dem vorliegenden Abschlusse nichts mehr geändert werden könne, so war doch die Meinung vorherrschend, daß die zwar befriedigend ausgefallene Lohnerhöhung und die Lösung der Lotalzuschlagsfrage so teuer erkauft seien durch die übrigen Verschlechterungen, daß ein Gefühl der Freude über diesen Tarifaßschluß nicht recht aufkommen könne. Einer von 240 Kollegen besuchten Versammlung in Bielefeld erstattete Kollege Wirow einen Bericht über die Kölner Kreisversammlung, das Für und Wider des Ergründeten klarlegend. In der durchaus sachlichen Diskussion trat allgemein die Ansicht hervor, daß die minimale Arbeitszeitverkürzung und die Verlängerung der Arbeitszeit der Zeitungsmaschinenseher den Unwillen der Kollegen herausfordere, zumal dadurch die Arbeitslosigkeit nicht verringert, sondern noch vergrößert werden würde. Eine in zustimmendem Sinne gehaltene Resolution, fand deshalb Ablehnung. Dagegen wurde von den Gehilfenvertretern geleistetes Arbeit volle Anerkennung zuteil. In Ravensburg wurde das Erreichte im allgemeinen als befriedigend bezeichnet. Die Versammlung, in der außer den Gehilfen des Tagungsortes diejenigen der Städte Friedrichshafen, Weingarten und Lettnang vertreten waren, sprach den Gehilfenvertretern für ihre schwierige, aufopfernde und anstrengende Arbeit besten Dank aus mit der Bitte, trotz teilweise heftiger Angriffe auch fernerhin auf ihren verantwortungsvollen Posten auszuhalten zu wollen zum Wohle der Gesamtheit. Die Nürnberger Gehilfenchaft nahm in einer allgemeinen Versammlung, die von 600 Kollegen besucht war, den Bericht des Kollegen Seitz über die Tarifverhandlungen entgegen. Auch nahmen an der Versammlung teil die Kollegen aus Ulmberg, Erlangen, Fürth, Forchheim, Herzbrunn, Lauf, Neumarkt i. O., Roth a. S., Roßenburg o. L. und Schwabach. Der Referent gab in großen Zügen ein Bild von den Verhandlungen, dabei betonend, daß die Situation diesmal derart ungünstig war, daß es ungenau schwer war, die Prinzipale zu den uns nunmehr vorliegenden Zugeständnissen zu bewegen. Die ausgiebige Diskussion bewegte sich ausschließlich im Fahrwasser der Opposition. Wenig soziales Verständnis auf Prinzipalseite und zuviel Nachgiebigkeit auf Gehilfenseite war ungefähr der Sinn aller Diskussionsreden. Einzelne Redner hoben die Notwendigkeit des schon oft verlangten Mitbestimmungsrechts hervor, dabei betonend, daß dadurch den Gehilfenvertretern ein beträchtlicher Teil Verantwortung abgenommen würde und auch der Frieden innerhalb unserer Organisation mehr gewahrt bliebe. Außerdem wurde die Schreibweise des „Korr.“ allgemein kritisiert, der es speziell in letzter Zeit ganz verfehlt, daß er das Gehilfenorgan sei. (Demgegenüber hat die Redaktion zu erklären, daß sie sich wie bisher so auch in Zukunft ihrer Pflicht bewußt bleiben wird, in völliger Übereinstimmung mit der Generalversammlung unser Verbandes das dort Beschlossene unentwegt hochzuhalten und zu verteidigen. Im Interesse der Gesamtheit eingegangene Kompromisse erscheinen eben Rücksichtnahmen. Daß es schwerer ist,

Verständnis für gegebene Tatsachen zu erwecken als verantwortungslos dreinzuschlagen, das hat die Redaktion in ihrer altgewohnten Rolle als Prügelknabe der öffentlichen Meinung freilich auch diesmal wieder genug empfunden müssen.) Zwei Resolutionen lagen vor; die eine wollte dem Tarife die Zustimmung verlagern, während die andere (später angenommene) die Entkündigung der Gehilfen über die Neugestaltung des Tarifs ausdrückt, weil die Prinzipalität für die Verbesserung der Lebenslage der Gehilfen zu wenig Entgegenkommen bewiesen habe. Außerdem wurde darin die Erwartung ausgesprochen, daß den mit 3 M. über Minimum Entlohnten die gleiche Lohnerhöhung zuteil werde, um einen dauernden Frieden im Gewerbe zu haben. Den Gehilfenvertretern sprach die Versammlung den Dank für ihre Mithaltung aus. Duisburg beklagt lebhaft den schwachen Besuch der wichtigen Versammlung, in welcher vom Vorstehenden Palehki ein ausführlicher Bericht über die Tarifverhandlungen und vom Kollegen Zimmermann ein solcher über den Segmaschinentarif gegeben wurde. An der Diskussion beteiligten sich fast nur Maschinenseher, welche die Verschlechterungen im neuen Tarife lebhaft kritisierten. In Elbing war die Versammlung, die zum Ergebnisse der Tarifverhandlungen Stellung nahm, sehr gut besucht, wenn auch bedauerlicherweise konstatiert werden mußte, daß zu den notorischen Versammlungsschwächern hauptsächlich ältere Kollegen gehören. Vorstehender Schmidt besprach in längeren Ausführungen das Resultat, worauf eine Resolution, die sich im großen und ganzen mit dem Erreichten einverstanden erklärt, die Verschlechterungen der Maschinenseher aber bedauert, gegen eine Stimme angenommen wurde. Außerdem wurde den Gehilfenvertretern für ihre mühevollen Arbeit gedankt. Der Bezirk Belg hatte infolge der Tatsache, daß eine größere Anzahl seiner Mitglieder den Berichtserstattungen über die Tarifrevision in Leipzig und Halle beigewohnt hatte und eine größere Mitliebschaft aus lokalpatriotischen Gründen im Schmollwinkel verblieb, nur einen schwachen Versammlungsbesuch zu verzeichnen. Vorstehender Schüricht gab eine gebräugte Übersicht über den neuen Tarif, dabei betonend, daß wenn man das Gesamtergebnat betrachte, es trotz einiger Verschlechterungen immerhin befriedigend sei. Käme doch im Bezirke Belg ein großer Teil nur zum Minimum entlohnter Kollegen in den Genuss der vollen Erhöhung, während die über die 3-Mark-Grenze Entlohnten nur ein verschwindender kleiner Teil seien. Es werde vielleicht die Einführung des Tarifs im Bezirke noch in manchen Orten auf Schwierigkeiten stoßen, da man nur mit Mittel- und Kleinbetrieben zu rechnen hätte, und es wäre somit auch dem Drange nach „Kraftentfaltung“ Gelegenheit gegeben. Die nun einsetzende Diskussion endete nach zweistündiger Dauer mit der Annahme der von einem Maschinenseherkollegen eingereichten Resolution, in der nach Aufzählung der durchweg als Verschlechterungen bezeichneten Positionen erklärt wird, die Tarifrevision befriedige in keiner Weise. Ferner verurteilte die Versammlung die Schreibweise des „Korr.“ in den Nummern 116—120, die nicht im Einklange stehe mit den Tendenzen eines Organs zur Vertretung der Gehilfeninteressen. (Das wäre also nur eine bedingte Verurteilung — auch ein „Fortschritt!“ Redaktion.) In Weuthen (Oberschlesien) referierte Kollege Biering (Wreslau) über die Berliner Tarifverhandlungen. In der Diskussion protestierten einige Redner gegen die verschiedenartige Festsetzung der Lokalausschläge von Weuthen, Rattowitz und Baurahlitte. In Anbetracht der schwierigen Situation wurden die Erfolge der Tarifverhandlungen einstimmig gutgeheißen. Den Gehilfenvertretern sollte man Anerkennung. Eine in Halberstadt abgehaltene Bezirksversammlung zeitigte eine gute Beteiligung, es waren 154 Kollegen aus fast allen Bezirksorten vertreten. Kollege Treff beleuchtete in längeren Ausführungen das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Mußte er natürlich zugeben, daß den Verbesserungen auch Verschlechterungen gegenüberstehen, so kam er doch zu dem Schlusse, daß die Gehilfenvertreter es nicht hätten verantworten können, wenn sie an den eingetretenen Verschlechterungen die Tarifverhandlungen zum Abbruche hätten kommen lassen. Die Diskussion war eine rege, aber äußerst sachliche. Es wurde u. a. zum Ausdruck gebracht, daß das Errungene den Erwartungen der Kollegen nicht entspreche. Die Verschlechterungen für die Maschinenseher, die wenige Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde pro Woche, das Bekleidungsmanagementsystem sowie auch die Bestimmung, daß die 3 M. über Minimum Entlohnten nicht voll an den 10 Proz. partizi-

pierten, wurden scharf unter die Lupe genommen und die Unzufriedenheit verschiedener Kollegen in den angeführten Teilen zum Ausdruck gebracht. Im großen und ganzen erklärte man sich mit dem Errungenen aber einverstanden. In einer sehr gut besuchten Versammlung nahmen die Kollegen in Greifswald Stellung zum neuen Tarifabschlusse. Man erklärte sich mit dem Erreichten einverstanden, wenn auch die Verschlechterungen für die Maschinenseher bedauert wurden. In der von 550 Kollegen besuchten Versammlung des Bezirks Karlsruhe entrollte Kollege Knie (Stuttgart) in dreistündigen Ausführungen ein Bild über die Tarifverhandlungen. Lebhafter Beifall folgte. In der Diskussion wurde vor allem dem Gehilfenvertreter Anerkennung gezollt, aber auch in scharfen Worten Kritik geübt an der Verlängerung der Arbeitszeit für Maschinenseher als nicht im Interesse einer modernen Gewerkschaft gelegen. In der Kommentierung des § 46, ebenso darin, daß die mit 3 M. über Minimum Entlohnten wiederum nur dem Wohlwollen der Prinzipale ausgeliefert seien, ferner in den neuen Druckerbestimmungen erblickte man nur Nachteile. Ein noch größeres Heer von Arbeitslosen werde die Folge der neuen Bestimmungen sein. Demgegenüber wurde betont, daß die Gehilfenvertreter es nicht hätten auf sich nehmen können, wegen der minimalen Verschlechterungen für die Maschinenseher und die Drucker die ganzen Abmachungen zum Scheitern zu lassen, zumal eine Lohnerhöhung von 10 bis 12½ Proz. für den größten Teil der Kollegen doch nicht von der Hand zu weisen sei und den über der 3 Mark Grenze stehenden Gehilfen eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt worden sei. Nachdem man noch an der Schreibweise des „Korr.“ Kritik geübt hatte, stimmte die Mehrheit gegen einen Antrag, der dem erzielten Ergebnisse die Zustimmung verlagern wollte. Die dann angenommene Resolution bedauert, daß die zehnprozentige Lohnerhöhung nicht allen Gehilfen zugute kommt, daß nur minimale Verbesserungen betreffs der Aufhebung der Ausnahmebestimmungen erreicht wurden, und ferner die nur halbständige Verkürzung der Arbeitszeit, die in keiner Weise dazu angetan sei, das beständige Anwachsen der Arbeitslosigkeit einzuschränken. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit der Resolution der Maschinenseherversammlung und wies einige Äußerungen des Verbandsorgans als unzulässig entschieden zurück. Schließlich wurde noch in der Resolution die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes verlangt, da die Verschlechterungen des neuen Tarifabkommens die Vergünstigungen zum mindesten aufzuheben und viele begründete Forderungen der Gehilfenschaft nicht genügend berücksichtigt wurden. Eine in Waren stattgehabte Versammlung des Bezirks „Stadth-Mecklenburg“ hatte die Mitglieder fast vollständig zusammengeführt, außerdem war Gausvorsteher Dahnde (Schwerin) erschienen, der über die Tarifverhandlungen berichtete. In der Diskussion sprachen die Redner, mit Ausnahme der Maschinenseher, ihre Zufriedenheit mit dem Erreichten aus.

Von den Maschinenseherversammlungen nennen wir diesmal die in Frankfurt a. M. abgehaltene zunächst. Die getroffenen Vereinbarungen wurden allgemein verurteilt. Die eingegangenen Verschlechterungen, erklärte man, bildeten gar keinen Ausgleich für die Zugeständnisse der Prinzipale, der Verband müsse mit einer größeren Konditionslosensziffer die ganzen Kosten des Handels tragen. Den Maschinensehervereinen müsse mehr Selbständigkeit eingeräumt werden, ähnlich den Schriftgießern. (Die besonderen Verhältnisse des Schriftgießergewerbes, das mit dem unfrigen nur äußere Berührungspunkte gemein hat, die auch zu der Eigenart lokaler Tarife — Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Stuttgart — geführt haben, werden also ganz mechanisch als für die Maschinenseher erminlich resp. notwendig bezeichnet. Da für die Maschinenseher eine solche Selbständigkeit gar nicht denkbar ist, denn sie stehen ja mitten in unserm Gewerbe, so äußert sich in Ausführungen dieser Art nur die Absicht der Wühlplitterung, worüber auch an dieser Stelle die Redaktion nur ihre Verurteilung aussprechen kann. Wenn die Maschinenseher mehr Selbständigkeit verlangen, hätten die übrigen Gruppen das nämliche Recht dazu. Wie man so — es möge dieser Gedanke einmal zu Ende gedacht sein — die gerade in unfrer Zeit notwendige Kräftekonzentration betreiben und die gewerkschaftliche Stofkraft vergrößern will, ist wohl gar nicht überlegt worden.) Weiter wurde auch die Einberufung eines Maschinenseherkongresses ge-

fordert, gegen die Schreibweise des „Korr.“ protestiert und die Nichtberührung der Experten in den eigentlichen Tarifverhandlungen verurteilt. (Dabei ist gar nicht beachtet worden, daß schon im Tarifausschuß eine besondere Kommission gebildet werden mußte, um in den prinzipiellen Punkten eine gründlichere Aussprache und obenbereine eine Beschleunigung der Plenarverhandlungen herbeizuführen. Die Tarifberatungen haben ja so schon so lange gedauert, daß in einer Reihe von Orten die Spannung der Kollegen auf das höchste gestiegen war. Die Experten sind als Sachverständige über die technischen Angelegenheiten in besonderen Sitzungen gehört worden; daß die Leistungsfrage da nicht herührt sein sollte, ist doch ausgeschlossen. Die Entscheidung lag, wie gar nicht anders möglich, im Plenum; diesem gehörten fünf Maschinenseher an, die mit größtem Nachdruck für die Interessen der Maschinenseher eintraten. Das sei hier ausdrücklich festgestellt. Red.) Eine die Stimmung der Versammlung wiedergebende, aus dem vorstehenden schon in ihrer Tendenz zu ersehende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung in Stuttgart war von 80 Proz. der Maschinenseher im Gau Württemberg besucht. Der Vorstehende Wegger referierte, die Aussprache war lebhaft und die Maschinenseherbestimmungen allgemein verurteilt. In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Resolution kommt das sowie die Unzufriedenheit mit der Redaktion zum Ausdruck. In Karlsruhe hätte eine auch aus Baden gut besuchte Versammlung lieber einen Abbruch der Verhandlungen gesehen als ein solches Ergebnis. Der sofortigen Einberufung eines außerordentlichen Maschinenseherkongresses wurde alleseitig zugestimmt. (Die in diesem Sinne gehaltene Resolution, ebenso der eingegangene Bericht berühren noch einen Punkt, der gegenwärtig noch in der Schwebe ist und sogleich nach seiner Erledigung von der Redaktion behandelt werden wird, ebenso eine dabei fertiggebrachte Mißlei gegen die damit beschäftigte „In-stang.“) Die rheinisch-westfälischen Maschinenseher versammelten sich in der Zahl von 250 in Düsseldorf; eine solch starke Versammlung war noch nicht da. Kollege Dethloff (Hagen) referierte, oft von Entrüstungs- und von Beifallstürmen unterbrochen. Die zehn Diskussionsredner behaupteten, daß außer der zehnprozentigen Lohnerhöhung die Tarifrevision für die Maschinenseher fast nur Verschlechterungen gebracht habe. Wegen dieses Ergebnis herrsche daher großer Widerwille. Die Resolution, ebenfalls einstimmig angenommen, erklärt die eintretenden Verschlechterungen als eine durch nichts gerechtfertigte Maßnahme. Die Mitglieder sollten versuchen, durch Konzessionen ihrerseits auf dem Lohngebiete die so nachteiligen Folgen dieser Verschlechterungen abzuwachen. Die Monotypeseher protestieren im besondern gegen die in der Praxis unmögliche Mindeststundenleistung von 6400 Buchstaben. Eine vom Vorstande der Vereinigung in der Röhler Kreisversammlung abgegebene lange Erklärung wurde nachträglich gutgeheißen. Sie deckt sich mit der angenommenen Resolution, opponiert aber noch gegen solche „Tauschgeschäfte“. In Würzburg erregten die Maschinenseherbestimmungen den größten Unwillen der sehr gut besuchten Versammlung. Man hätte es lieber gesehen, wenn der Lohn eine Kürzung erfahren hätte. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit werde es mit der sonst schon sehr beklagten Arbeitslosigkeit nur noch schlimmer werden. In der Resolution wird ausgesprochen, die Gehilfenvertreter (und Experten, wird hinzugesetzt) hätten zu solchen „ungeheueren Verschlechterungen“ ihre Zustimmung nicht geben dürfen.

Von den weiteren Maschinenmeisterversammlungen hatte die in München nur einen guten Durchschnittsbesuch aufzuweisen. Kollege Eßbner als Experte berichtete eingehend. In der Apparaturfrage wäre ein Zugeständnis nicht zu umgehen gewesen. Die eigenen Kollegen hätten auch manche Schuld, daß es so gekommen sei. Im ganzen könne man sich aber mit dem Ergebnisse noch zufrieden geben; namentlich, wenn alle Kollegen es strikt zur Durchführung bringen. Die Zentralkommission habe leider gänzlich versagt. Der Vorstehende hätte in letzter Stunde abgesagt. Auch war nicht das nötige Material vorhanden. In der Diskussion fand die Konzession in der Apparaturfrage wohl Bedauern, sonst aber erklärten sich die Redner mit wenigen Ausnahmen einverstanden mit dem Ergebnisse der Tarifrevision. In der Angelegenheit der Zentralkommission waren jedoch alle Redner der Meinung, daß Mithilfe geschaffen werden müsse. Der Maschinenmeisterverein Berlin wurde auf

gefordert, für vollzählige Befehung der Zentralkommission zu sorgen und die Garantie für eine Tätigkeit derselben zu übernehmen, von der die Maschinenmeistervereine befreit sein könnten. In Köln, wo der Besuch nur ein schwacher war, stellte man sich laut angenommener Resolution auf den gleichen Standpunkt. Im weiteren wurde aber noch eine Reorganisation der Zentralkommission dahingehend gewünscht, daß ein erweiterter Beirat zu schaffen ist. Der als Experte in Berlin tätig gewesene Kollege Riefer schilderte die Schwierigkeiten, auf die sie bei den Prinzipalen gestoßen wären, die aber von den eigenen Kollegen zum Teil mit bereiteten worden seien. Wenn ein solches Material den Prinzipalen geliefert worden sei, könne man sich denken, daß diese ihre Anträge hartnäckig vertreten. Eine befriedigende Lösung für die Gesamtheit der Kollegen sei daher nicht zu erzielen gewesen. Die Diskussion war lebhaft, aber durchaus sachlich. Namentlich wandte sich die Kritik über die veränderten Bestimmungen über die Apparaturmaschinen.

Eine Versammlung der Korrektoren in Hannover faßte nach dem Referate des Kollegen Seibinger mit Einstimmigkeit eine Resolution, in der die Behandlung der Korrektorenanträge bei der diesmaligen Tarifrevision aufs tiefste bedauert wird. Weiter wurde noch gegen den Ausspruch des Gehilfenvertreter für den Kreis I bei der Berichterstattung, für die Korrektoren könne keine Extrawurst gebraten werden, protestiert. Die Korrektoren hätten nur ihr Recht, aber keine Extrawurst verlangt.

Die Stereotypen und Galvanoplastiken in Berlin, vor denen Kollege Wenzel als Experte referierte, bezeichneten das Resultat für sie als durchaus unbefriedigend. Die von den Gehilfen zu den §§ 1, 80 und 81 gestellten Anträge seien abgelehnt worden. Die Prinzipale aber erreichen, daß die Hilfsarbeiter die Kessel an den automatischen Siebmaschinen bedienen dürfen. Das Äquivalent dafür mit den Maternstreichen bedeute gar nichts, denn meistens würden fertige Patentmatern von den Fabriken bezogen. Einem derartigen Ergebnisse hätten die Experten, die mit einwandfreiem Material und mit genügenden Ausweisen über die Arbeitslosigkeit unter den Stereotypen und Galvanoplastikern aufwarten konnten, mit Recht ihre Zustimmung nicht gegeben. Eine einstimmig angenommene Resolution bewegt sich im Rahmen dieser Proteste und Bedenken. In demselben wurde bedauert, daß für diesen Spezialbereich so gut wie nichts erreicht worden ist. Auf die Gewährung eines größeren Mitbestimmungsrechts müsse energisch hingearbeitet werden.

„Kritik!“

Vier Wochen sind nun bereits ins Land gegangen, seit uns die Resultate der Tarifberatung bekannt wurden, und die größte Anzahl der Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat zu dem neuen Tarife Stellung genommen. In fast allen Versammlungen kam zum Ausdruck, daß die erreichten Verbesserungen nicht genügen, um einen Ausgleich mit den verteuerten Lebensverhältnissen herbeizuführen. Die übergroße Anzahl der resolventen Orte erkannte aber in kurzer Form die Tätigkeit der Gehilfenvertreter an, teilweise wurde denselben auch der Dank der Kollegenschaft für die mühevollen Arbeit ausgesprochen. Und so sollte es eigentlich allenthalben ausklingen.

Kann man wohl auch über den ersten Teil des oben Gesagten, d. h. über die Positionen des neuen Tarifs, streiten, so sollte doch über den zweiten Punkt, d. h. die Arbeit der Gehilfenvertreter, keine Meinungsdivergenz aufkommen. Leider gibt es aber Kollegen, die in ihrer Erregung über nicht erfüllte innere Wünsche das eine mit dem andern zusammenwerfen und mit denen auch eine ruhige Diskussion absolut unmöglich ist.

Schon in Nr. 122 des „Korr.“ kennzeichnete Kollege Ratt die wundervolle Art der Kritik des neuen Tarifs in der Kreisversammlung in Hamburg, die aus der eigentlichen Berichterstattung nicht zu ersehen war. Man hatte nur das Gefühl, daß die Versammlung wie ein Tobenwahn geendet haben muß, denn man fand nicht einmal Ruhe, über die eingebrachten Resolutionen abzustimmen. Und wie in Hamburg das Urteil über die Funktionäre, war es ähnlich in Berlin; schlimmer aber in München, in Frankfurt a. M. und vor allem in Stuttgart. Eine Reihe von mittleren Druckorten wollte nicht „zurückbleiben“, und von einigen Mitgliedschaften ist dem Schreiber dieses bekannt, daß eine ganze Anzahl von Mitgliedern am liebsten das erste ruhige Urteil über den Tarifabschluß „zugunsten“ eines schärferen umfassen würde. Den Drang, mit dem großen Haufen zu schwimmen und auf eine eigene Meinung lieber zu verzichten, noch „objektive“ Kritik zu nennen und in dem gleichen Atemzug ein größeres Mitbestimmungsrecht zu fordern — es paßt wunderbar zusammen!

Es soll gewiß keiner mit seiner Ansicht über den Endeffekt des Erreichten hinter dem Berge halten, es kann unmöglich die Kritik unterbunden werden; aber man ver-

gehe nicht dabei, was die Gehilfenvertreter für uns geleistet haben. Schritt für Schritt mußten sie kämpfend vorwärtsgehen, um nur den kleinsten Erfolg zu gewinnen. Ich will hier auf das Resultat der Verhandlungen gar nicht eingehen, sondern nur meine Ansicht sagen über das querulante Verhalten mancher Kollegen unsern Vertretern in dem Tariffausschusse gegenüber. Wenn die letzteren nämlich unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr herausgeholt haben, so hat es gewiß nicht an diesen Kollegen gelegen. Man müßte sich bei einem ganz klein wenig Nachdenken doch sagen, daß unsre Vertreter lieber 20 statt 10 Proz. (usw.) nach Hause bringen möchten. Aber alle diese Umstände werden an den gedachten Orten mit großer Geistesbesessenheit

Genau wie bei früheren Tarifabschlüssen findet sich also diesmal wieder eine Anzahl Schreier, die in unüberlegter Weise nach größerer Demokratie rufen, die von einem „Tarifmachwerke“ reden, die in hyperbaltischer Ungeduld mit dem Tariffschiffe gleich in den Zukunftsstaat segeln möchten und die . . . vielleicht letzten Endes im Ernstfall als erste die Flucht ergreifen würden! Das letztere ist übrigens ein erprobtes psychologisches Moment. Denn der Mensch, der eine leidliche Verbesserung seiner Lage als eine Lappalie bezeichnet, vernag auch im Kriegsfall nicht 14 Tage mit der Streikunterstützung auszuhalten.

Nun liest man erstaunt, daß diese Menschenkinder in den Versammlungen auch die Redaktion des „Korr.“, d. h. wiederum die eignen Klassengenossen, in bestiger Weise herabsetzen und — in Stuttgart! — sogar als unfähig beschimpfen. Man muß darüber zum mindesten erstaunt sein und sich sagen: Ja, was haben diese Kollegen denn eigentlich geleistet?

„Marktschreierisch“ wird die Art der von der Redaktion pflichtgemäß und sehr präzise erfolgten Behandlung der neuen Tarifbestimmungen genannt und die Schreibweise des „Korr.“ wird als schwächlich, ungenügend und spät informierend bezeichnet. Aus alledem möchte man sich einmal einen Schluß, dann wird man merken, daß diese „objektiven“ Kritiker den „Korr.“ vor der Tarifrevision überhaupt nicht gelesen haben, und nun nachher finden sie in ihrem eignen Gewerkschaftsblatt — ein den Unternehmern ergebene dienendes Organ! Wenn dann zu diesen prachtvollen „Kritiken“ die Redaktion noch den Udel hinhalten würde, so verdiente sie wahrlich Prügel; es sei denn, sie zitierte dabei das bekannte Goethesche Zitat vom alten, derben Oß von Bellingham.

Denn wie hat die Redaktion gearbeitet, wie ist vorher alles getan, um die Situation im Gehilfenlager darzulegen! Man lese nur die Artikel „Die soziale Lage der Gehilfen“ und „Wovor die Würfel fallen“. Was ist darin für Material zusammengetragen! Wie hat der „Korr.“ in dem Artikel über den Druckpressetarif gezeigt, daß das Buchgewerbe eine Erhöhung des Lohnniveaus wohl vertragen kann und ferner: wie materialreich für die Gehilfenvertreter waren die Übersichten über „Das Buchgewerbe in seiner geschäftlichen usw. Entwicklung“? Die vorjährigen großen, allgemein beifällig aufgenommenen Artikelserien „Nachlese“, „Streifzüge“, die diesjährigen kleineren „Schlaglichter“, „Berlin—Hamburg—Hannover“ hat man schon wieder vergessen. Daß unser Organ zu den Reichstagsverhandlungen, zu der Reichsversicherungsordnung, der anhaltenden Teuerung und ihren Ursachen so freimütig Stellung nahm, daß systematisch ein Ausbau des Inhalts vorgenommen wurde, ist überall mit Befriedigung aufgenommen worden — jetzt will man es nicht mehr wissen, weil es nicht in den Kram paßt. Wenn denjenigen, die dreimal in der Woche den Kollegen ein Gesamtbild der Berufsverhältnisse, der gewerblichen Zustände und der ganzen sozialen Fragen und Erscheinungen unserer Zeit in übersichtlicher, leicht verständlicher und anregender Form entwerfen müssen, einmal ein Lapfus oder eine Entgleisung passiert, im Grunde genommen damit aber doch das Richtige, wenn auch wenig schmackhaft gesagt wird, dann erhebt sich gleich ein allgemeines Hallo. Daß jedem einmal ein Malheur passieren kann, wird dann ganz übersehen, und die am Wertigsten und in den Versammlungen ständig das unsinnigste Zeug zusammenzubringen, das sind dann die lautesten Ankläger; diejenigen, die den Ton angeben, daß über die Gesamtarbeit der Redaktion flugs der Stab gebrochen und das viele Gute über dem weniger Geklühten vergessen wird. O über diese blinden Kritiker! Schade, das sie nicht morgen schon das arbeits- und sorgenreiche Leben eines Redakteurs am „Korr.“ zu führen berufen sind. Wir könnten dann wirklich etwas erleben!

Als der „Korr.“ nun über die Tarifverhandlungen berichtete, unterzog man sich einmal der Mühe, das Erreichte unter die Lupe zu nehmen, die infolge des Vorbenommens schon von vornherein kritisch getrübt war. Und nun liest man natürlich den „Korr.“ nicht mehr, da man ja Begründungen, sachgemäße Aufklärung, Verteidigungen und andre Ansichten nicht zu hören braucht; man hat an den eignen genug. Und in den Versammlungen stempelt man den „Korr.“ zum Organe für kapitalistische Interessen. Das ist direkt skandalös! Da soll noch Arbeitsfreudigkeit beanprucht werden, wo besonders die Verkenning einer solchen Tätigkeit hervorragend geeignet ist, jede Arbeitslust zu erlöten. Noch hat man die „Verbrecher“ der einzelnen Redakteure nicht ausquadrätet, wohl weil man es für überflüssig hält, da ja morgen ein anderer Redakteur dasselbe Kreuz aufgehockt bekäme . . .

Eine „durch Bureautik verstopfte Vertreterchaft“ wurde von der Generalversammlung bevollmächtigt, den

neuen Tarif zu beraten und abzuschließen! Und das haben wir nicht vorher gewußt, daß die Generalversammlung so traurig zusammengefallen war? Solchen „Liebenswürdigkeiten“ gibt eine große Mitgefühlhaft ihre Zustimmung, trotzdem sie selbst einen solchen bureaukratischen Vertreter gewählt, trotzdem sie sich dadurch vor die Zwangslage gestellt hat, andre „hervorragendere“ Kräfte für die Organisationsarbeit zu bestimmen, deren Ende aber dasselbe sein würde als das ihrer Vorgänger.

Und dann ferner, welcher herrliche Mut offenbart sich aus diesen Angriffs auf die Vertreter der Gehilfeninteressen? Wie großartig nehmen sich diese Kollegen aus, die mit vollendeter Grazie das eigne Nest beschmühen, indem sie dem Zentralvorstand und den Gehilfenvertretern indirekt Feindschaft vorwerfen. Eine riesige Courage entwickeln diese Kollegen, wo sie wissen, daß ein Streit fast unmöglich ist. Und nun rufen sie mit fürchtbaren Gebärden gegen die gesicherte Ordnung — denn es kann ja nie passieren! Jedoch der Mut hat auch noch eine andre Seite, wo er sich wunderbar bewährt, nämlich eben in dem Herabwürdigen der eignen Vertreter: Diesen „vollgefressenen, von uns höchst eigenhändig gemästeten Kampffressen“ muß man jetzt einmal ordentlich das Fell locker machen, denn das ist ja durchaus gefahrlos, weil sich diese Arbeitstiere nicht nuckeln dürfen. Man hat es ja in der Hand, sie hungern zu lassen! In diesem Falle sind ja „Wir“ die Arbeitgeber! Wenn „Wir“ schon Untergebene in der Weltordnung vorstellten, dann sind eben „Unre“ Angestellten noch tiefer gestellt. So makt sich in diesen Köpfen die Welt der gewerkschaftlichen Organisation! Nicht ein geordnetes, disziplinierendes, starkes Heer mit klugen, tatkräftigen Führern, sondern ein Haufen mit tausend Sonderwillen und -wünschen — das wäre das Ziel jener Kollegen.

So aber kann und darf unsre Organisation nicht verunstaltet werden, denn es wäre gleichbedeutend mit deren Auflösung. Sagte doch Wolf von Elm in seinem ausreifer Erfahrung geschöpften Vortrag über Massen und Führer ganz richtig das Folgende:

Wir müssen Formen zu finden suchen, durch welche wir die Kenntnisse der Führer nutzbar machen, bei welchen aber auch die Vertrauenspersonen der Arbeiter zu Worte kommen. Nur dadurch, daß wir die Massen zur zweckentsprechenden Interessendematik zu erziehen suchen, werden wir Erfolg erzielen. Mit dem demokratischen Mißtrauen gegen die Führer werden wir nur Mißerfolge zeitigen. Die wirklich fähigen und ehrlichen Leute werden sich bedanken, als Handlanger des Massenwillens zu figurieren, und dann werden auf allen Gebieten Unfähige die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeiterbewegung in den Sumpf, in die Anarchie führen: Nur wenn Massen zur demokratischen Disziplin erzogen werden, können wir auf Erfolg rechnen. Und einhalt, müssen wir für dem Treiben einzelner, die mit ihrer Massenverhimmelung die Massen zur Disziplinlosigkeit und damit zur Machtlosigkeit führen. Das liegt im Interesse der Stärkung der gesamten Arbeiterbewegung!

Mögen sich also jene Kollegen auf sich selbst bestimmen und sich bewußt werden, daß wir bis zum letzten Moment hinter unsern Vertrauenspersonen stehen müssen. Und wer alle Momente folgerichtig erwägt, kann nur zu dem Schlusse kommen, daß Zentralvorstand, Gehilfenvertreter und Redaktion sich mühselig gesunden haben, um so viel als möglich herauszufinden. Ist das Erreichte auch nicht mit Jubel zu begrüßen, so darf man doch den Leuten die Anerkennung nicht versagen, die mehr, bedeutend mehr von Herzen gern mitgebracht hätten. Darum wird ihnen auch die überwiegende Mehrheit der Mitglieder für die gehabte Mühe dankbar sein, trotz aller Querulanten und Schatzmacher, die letzten Endes doch nur sich selbst mit ihrer Stellungnahme kennzeichnen. F. A. Konec.

Volkswirtschaftliches.

Ursachen und Wirkungen.

Noch selten wurde in Kollegenkreisen die Bedeutung und die Notwendigkeit einer gesunden Volkswirtschaft so tief empfunden als bei der Beurteilung des Ergebnisses der diesmaligen Tarifverhandlungen. Noch seltener wurden aber auch die Ursachen und Wirkungen unserer gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Zustände so bedeutend unterfacht, wie unsre eigene gewerkschaftliche Kraft überschätzt. Es ergab sich fast überall in den Versammlungen, in welchen die kritische Soude gegenüber den materiellen Ergebnissen des neuen Tarifs kräftig angelegt wurde, daß Urteil, daß damit kein Ausgleich für die Verteuerung der Lebensmittel, der Wohnungsmieten usw. geschaffen worden sei. Kein Mensch in unsrer Organisation hat Ursache, dieser Anschauung zu widersprechen, wie aber auch niemand vorher daran dachte, von der diesmaligen Tarifberatung in Anbetracht aller Begleitumstände eine so restlos heilsame Wirkung ernstlich zu erwarten.

Von realen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus kann es jedoch kaum einen Zweifel darüber geben, daß der neue Tarifabschluß für die große Mehrheit der Gehilfenchaft eine durchschnittliche Erhöhung ihres jährlichen Einkommens um über 140 M. in sich schließt. Um diesen Betrag wird die Konsumkraft gesteigert. Diese Steigerung bleibt bestehen, selbst wenn sich die gegenwärtige Teuerung noch ungünstiger gestalten sollte. Denn auch im letzteren Falle stehen alle, die an der tariflichen Lohnerhöhung teilgenommen, widerstandsfähiger da als ohne diese tarifliche Besserstellung.

Es wäre aber auf alle Fälle sehr einseitig, wenn man bei Beurteilung dieser Frage nur die Vorteile in Betracht ziehen wollte und nicht auch die von vielen besonders besorgten Nachteile in Gegenrechnung stellen würde. Diese Nachteile sollen teils materieller, teils prinzipieller Natur sein. Aber trotz dieser Verschiedenheit haben sie miteinander gemein, daß sie mehr auf Vermutungen, auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen, als auf sicherer Grundlage aufgebaut sind. Wie es sich in Wirklichkeit damit verhält, kann erst die Zukunft lehren.

Ob die Arbeitslosigkeit eine noch größere, ob das Minimum wirklich zum Maximum, ob die Arbeitsweise und Arbeitskontrolle noch strenger wird als bisher, das muß erst abgemert werden. Unbedingte feststehend ist das in allen Teilen noch auf keinen Fall. Denn ebenso wie z. B. das gefährdete Berechnen an der Sechsmaschine vielen technischen Schwierigkeiten begegnen und infolgedessen sich in der Praxis kaum bewähren wird, so werden auch die abgeänderten Bruderbestimmungen nur in ganz besonderen Fällen zu einer andern Maschinenbedienung führen als bisher. Denn trotz aller gegenteiligen Theorien wird sich auch in Zukunft die alte Erfahrung bestätigen, daß nur jene Maschinen im Buchdruckgewerbe am besten nach Güte und Menge der Arbeitsleistung ausgenutzt werden können, die unter der tüchtigsten sachmännischen und möglichst uneingeschränkten Führung und Aufsicht stehen. Wer anders falschert, wird früher oder später einsehen müssen, daß er sich eben verhaselt hat. Auch das Resultat der für Zeitungssechsmaschinen verlängerten Arbeitszeit braucht nicht notwendigerweise von ungünstigem Einfluß auf den Stand der Arbeitslosenfrage zu sein, es kann sich ebensogut in einer entsprechenden Erweiterung des Umfangs der Zeitungen zeigen. Die diesbezügliche frühere Wirkung der Fortschritte bei den Druckmaschinen kann dafür ganz gut als Beweis dienen. Und schließlich wird sich auch eine Steigerung der Arbeitsintensität gerade in jenen Betrieben am wenigsten durchführbar lassen, deren Besitzer oder Geschäftsleitungen als die eigentlichen Urheber solcher Forderungen zu betrachten sind. Denn in der Regel haben diese Betriebe heute schon eine bis ins kleinste geregelte und überwachte Arbeitsweise, daß jede straffere Spannung des Bogens diesen zum Brechen bringen würde und sei es auch nur insofern, daß solche Bestrebungen von den zuständigen Instanzen als Verstoß gegen den Grundgesetz von Treu und Glauben bezeichnet werden müßten. Denn zu Schikanen wird der Tarif auch in Zukunft so wenig als Kronzeuge herangezogen werden können wie in der Vergangenheit.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist demnach vorläufig nur zu behaupten, daß der neue Tarifabschluß in einem Jahre für die Gehilfen eine Mehreinnahme an Lohn von mindestens 7000000 Mk. bringt. Daß dieser Gewinn an Mehreinkommen der Arbeitskraft für die Gehilfen durch Erhöhung des Arbeitslohn- und des Krankentages hinfallig gemacht werden könnte, dürfte eine so gewagte Behauptung sein, daß sie selbst dem ärgsten Pessimisten als zu harter Tabak erscheinen wird. Es kann da nur als Aufgabe für die Zukunft übrig bleiben, nach dieser Seite hin strenge und objektive Feststellungen zu machen. Freunde und Gegner unserer Verbandsstatut sind dazu berufen. Die zukünftigen Genuß- und Verbandsabrechnungen werden darüber Aufschluß geben. Und die Verbandsleitung selbst wird zweifellos bei diesen Erhebungen mit gutem Beispiele vorangehen.

Soweit wäre nun vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus dem Meinungsstempel der letzten Wochen über Wert oder Unwert der neuen Tarifabschlüsse der Kernpunkt entnommen, daß eine beachtenswerte Lohnerrhöhung bestimmt zu erwarten ist, aber trotzdem keine allgemeine Verdrückung darüber herrscht, weil einmal die Lohnerrhöhung den herrschenden Lohnverhältnissen gegenüber nicht als ausreichend anerkannt wird und zum zweiten zu teuer erkauft sein soll. Was es mit dem letzteren Argument auf sich hat, ist schon nach Möglichkeit Hargelegt: daß man nichts Gewisses weiß. Es sind Zukunftsdiskussionen, die erst abgemert werden müssen, aber auch noch in besseren Einklang gebracht werden können, wenn sie sich wirklich zeigen sollten. Wichtiger und gewichtiger ist dagegen der Einwand, daß die errungene Lohnerrhöhung angesichts der horrenden Steuererhebung keine Hebung der wirtschaftlichen Lage, keine Verbesserung für die Kollegenchaft darstelle. Das ist wenigstens bis zu einem gewissen Grade Tatsache.

Damit sind wir aber bei jenem gordischen Knoten angelangt, den auch die beste und stärkste Gewerkschaft nicht lösen kann, sondern nur an erntfähiges und in der Mehrheit einheitliches Zusammenwirken des ganzen Volkes. Denn hier handelt es sich darum, alle jene Ursachen ins Auge zu fassen, die es mit sich bringen, daß z. B. für uns Buchdrucker sogar eine 30prozentige Lohnerrhöhung seit dem Jahre 1890, dem Geburtsjahr unserer heutigen Tarifgemeinschaft, keine wesentliche Hebung unserer wirtschaftlichen Lage, sondern in den meisten Fällen nur die Aufrechterhaltung der bisherigen Lebenshaltung ermöglichte, und zwar auch nur dank unserer gewerkschaftlichen Taktik und Macht!

Nur wer sich als Verbandsmitglied in seiner gewerkschaftlichen Treue und Hingabe läßt und sich jeder Hoffnung für die Zukunft berauben will, wird es ernstlich in Erwägung stellen können, daß er es in der Hauptsache nur dem Verbandsrat zu verdanken hat, wenn seine wirtschaftliche Lebenslage nicht gesunken ist. Wer das anerkennt, wird auch zugeben, daß um so weit zu kommen, Schwierigkeiten zu überwinden waren, die keineswegs ausschließlich der technischen Entwicklung des Buchdruckgewerbes zuzuschreiben sind. Er wird die Hauptursache

einer solchen fortgesetzten Schmälerung gewerkschaftlicher Erfolge in den allgemeinen, sehr mangelhaften volkswirtschaftlichen Zuständen unserer Zeit erkennen müssen.

Diese Feststellung des schädlichen Einflusses der von außen wirkenden Kräfte auf den Erfolg unserer gewerkschaftlichen Arbeit dürfte nun zweifellos einen nicht unbedeutenden Teil unserer Leser auf den Gedanken bringen oder teilweise in der schon vorhandenen Ansicht bestärken, daß hier ein Mangel im gewerkschaftlichen Aktionsprogramm offenkundig sei oder werde. Viele werden aus den bis hierher entwickelten Gesichtspunkten die Schlußfolgerung ziehen, daß nun unerlässlich die Aufforderung folgen müsse, die nachteiligen Einflüsse der allgemeinen wirtschaftlichen Zustände auf die Gewerkschaftsarbeit entweder durch aktives Eingreifen der Gewerkschaften in den Kampf gegen die Ursachen oder Urheber dieser mangelhaften wirtschaftlichen Zustände selbst zu beseitigen, oder daß die offene Anerkennung und Unterstützung des Programms einer der nach dieser Richtung ausschließlichen tätigen Parteien nicht mehr zu umgehen sei. Und trotzdem entspricht keine dieser Anschauungen oder Schlußfolgerungen dem, was § 1 unseres Verbandsstatuts will, noch dem, was wir selbst wollen.

Keine der angebotenen Abwehrmethoden ist für uns als Gewerkschaftler ohne besondere Bedenken brauchbar und anwendbar. Die erste Art, das selbständige Eintreten in die öffentliche Arena, würde in gesetzlichen und Parteiwiderständen für unsre bisherige eigentliche Gewerkschaftsarbeit hemmende Folgen haben; die zweite Art, die ausschließliche Erklärung zugunsten einer der bestehenden öffentlichen Parteien drüchte zunächst in manchen Fragen, die nur auf größeren Umwegen mit gewerkschaftlichen Dingen in Verbindung zu bringen wären, die innere gewerkschaftliche Einigkeit störende Verwicklungen, und dann wäre sie praktisch auch kaum erfolgreich. Denn in Wirklichkeit ist keine einzige der heute bestehenden Parteien alle in imstande, eine grundlegende Veränderung und Verbesserung der heutigen Wirtschaftsordnung durchzuführen. Hierzu bedarf es in der Gegenwart unbedingt noch des Zusammenwirkens mehrerer Parteien. Die Kompromißtaktik aller Parteien der Gegenwart ist die beste Bestätigung für die Richtigkeit unserer Anschauung.

Da das Ziel aller gewerkschaftlichen Arbeit in erster Linie auf praktische Gegenwartsreformen gerichtet ist, so können und dürfen hier die Kräfte nicht einseitig festgelegt werden, sondern es ist vielmehr darauf Bedacht zu nehmen, nach jeder Richtung freie Hand zu behalten. Das gilt auch hier, wo wir den Weg zu zeigen haben, der zu einer Beseitigung der Ursachen der gewerkschaftlichen Tätigkeit so sehr beeinträchtigenden allgemeinen wirtschaftlichen Mißstände führen kann. Jenen Weg, der frei von irgendeinem Parteischema, nur auf gewerkschaftlichen Erfahrungen fußt, die Ursachen beleuchtet und damit gleichzeitig die Richtung angibt, in welcher jedes Verbandsmitglied im eigenen Interesse tätig sein könnte und sollte, soweit ihm außerhalb des Verbandskreises ein diesbezüglicher Einfluß möglich ist.

Dieser Standpunkt wurde im „Korr.“ von jeder vertreten. Es besteht auch jetzt keine Ursache, davon abzugehen. Selbstverständlich können wir bei Einballung dieser Taktik auch in Zukunft nicht verhindern, daß solche Leute sich durch unsere Haltung unbehaglich fühlen, die in der Vergangenheit und gegenwärtig als Urheber der von uns als ungerecht, rückgriffend, unsozial und arbeitserfeindlich empfundenen Zustände gelten müssen. Daran können wir nichts ändern. Die Förderung der materiellen Interessen unserer Mitglieder, wie sie durch § 1 des Verbandsstatuts zur Pflicht gemacht ist, zwingt uns, auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu sagen, was ist und was nicht sein soll. Dies um so mehr, als nachweislich gerade die wirtschaftlichen Mißstände die Gewerkschaften in der Lohn- und Arbeitslosenfrage am schwersten treffen, sie zur ständigen Abwehr drängen und ihnen die größten Opfer auferlegen. Wir tun also mit Erfüllung dieser Aufgabe gar nichts Neues, sondern führen nur eine Sache weiter, die zwar allem Anscheine nach von der großen Mehrheit unserer Leser nur mangelhaft gewürdigt wurde, infolge des Abwägens von „Soll und Haben“ aus dem diesmaligen Tarifergebnisse sich in Zukunft jedoch zweifellos größerer Beachtung erfreuen dürfte.

Ein näheres Eingehen auf den Umfang und die Art der gegenwärtigen der Arbeiterschaft und mit ihr die übergroße Mehrheit des Volkes überhaupt bedrückenden wirtschaftlichen Mißstände glauben wir uns jetzt nach Abschluß der Tarifverhandlungen ersparen zu können. Hat uns vorher, d. h. noch bis in die Mitte der diesmaligen Tarifverhandlungen hinein, eine kaum glaubliche Schönfärberei oder regierende Darstellung der wirtschaftlichen Lage in gegnerischen Blättern gezwungen, nach Möglichkeit alle öffentlich erfahrbaren Einzelheiten zusammenzutragen, um nachzuweisen, daß die wirtschaftliche Lage der Kollegenchaft unter allen Umständen einer gründlichen Aufhebung bedarf, wenn sie in Zukunft materiell nicht schlechter gestellt sein soll als vor fünf Jahren und noch früher, so tritt nun diese Notwendigkeit zurück vor der Aufgabe, Mittel und Wege zu zeigen, wie das materielle Ergebnis der abgeschlossenen Tarifverhandlungen wirtschaftlich noch besser nutzbar gemacht werden kann, als es zurzeit in seinem ziffermäßigen Ausdruck zu bewerten ist.

Wir können uns daher darauf beschränken, festzustellen, daß die Steuererhebung sich auch im September immer noch in aufsteigender Linie bewegte, wenn auch glücklicherweise nicht mehr in dem Tempo oder dem Prozentage der drei vorhergehenden Monate. Nach den von uns bisher hauptsächlich benutzten „Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise“ bezifferten sich im Monat September die

Kosten für den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie nach dreifacher Ration eines deutschen Marine-Soldaten durchschnittlich auf 24,77 Mk. Die Spannung zwischen der teuersten und der billigsten deutschen Stadt reduzierte sich auf 6,60 Mk. gegen 7,17 Mk. im August. Die Bewegung der Reichsbudgetziffer auf vorstehender Grundlage in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres zeigt sich in folgenden Ziffern:

Januar	Februar	März	April	Mai
23,50	23,61	23,60	23,80	23,72
	Juni	Juli	August	September
	23,97	24,37	24,65	24,77

Seit Anfang dieses Jahres haben sich demnach die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes allein um 1,27 Mk. oder um 5,40 Proz. gesteigert. Die Gestaltung der Wohnungsmieten sowie der sonstigen Ausgaben für den Lebensaufwand sind dabei nicht in Rechnung gestellt. Sie lassen sich sehr schwer einheitlich zusammenfassen, sind aber letzten Endes auch wieder abhängig vom Steigen oder Fallen der Lebensmittelpreise, so daß man ruhig sagen kann, die meisten Bedarfsartikel oder Verbrauchsgütergegenstände sinken oder steigen in der Regel im Preise, wenn die Lebensmittelpreise die gleiche Tendenz aufweisen.

Bei dieser Feststellung wollen wir es als Gradmesser der gegenwärtigen Steuerung im Wirtschaftsleben beibehalten lassen. Unsere Kollegen erfahren es tagtäglich am eignen Leibe, wie drückend die Folgen dieser Situation für sie und die Ihrigen sind. Das brauchen wir zurzeit nicht noch in besonderen Worten zu schildern. Weshalb wir nun dazu übergehen können, die Ursachen dieser ungesunden Entwicklung des Wirtschaftslebens aufzudecken.

Als Arbeiter haben wir zunächst eine solche Untersuchung auf jene Umstände zu lenken, mit denen wir im gewerkschaftlichen Kampf in erster Linie zu rechnen haben: das ist das Unternehmertum als Träger oder in Diensten der Kapitalmacht. Daß diese Kräfte auch im Buchdruckgewerbe von weittragender Bedeutung sind, so weit es sich um die Produktion, die Ausnutzung der Arbeitskräfte, die Lohnfrage, die Arbeitszeit und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in allen Fragen des Arbeitsvertrages handelt, haben gerade die letzten Tarifverhandlungen ganz besonders gezeigt. Obwohl dabei zu betonen wäre, daß sich dieser Einfluß im Rahmen der Tarifgemeinschaft nicht in jener Brutalität zeigt, wie dies sonst in vielen oder den meisten übrigen Industrien zu konstatieren ist. Die Macht unres Verbands wickte nach dieser Richtung mächtig, während andererseits die Erkenntnis und Erfahrung auf Unternehmenseite, daß schieblich-friedliches Vaktieren vorteilhafter sein kann als einseitiges, herrisches Diktieren das übrige tat, um die gewerkschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, wie sie gegenwärtig liegen. Trotzdem wäre es aber zu optimistisch gedacht, wenn wir uns dabei einreden wollten, das Unternehmertum im Buchdruckgewerbe habe andre Ziele als das übrige Unternehmertum. Im Grunde genommen gilt hier nur das bekannte revisionistische Wort: Das Endziel ist mir nichts, die Bewegung alles! Und so wenig, um bei dem Beispiele der sogenannten Revisionisten zu bleiben, die letzteren trotz abweichender Taktik auch kein andres Ziel im Auge haben als die sogenannten Radikalen, so haben auch die Unternehmer im Buchdruckgewerbe kein andres Ziel, als ihre Kapitalien und ihre Arbeitsmittel so rentabel wie möglich anzulegen und zu vermehren wie ihre Kollegen der äußersten Rechten des Unternehmertums. Nur vermeiden sie dabei das unsichere Va banque-Spiel. Sie ziehen den Weg der periodischen Entwicklung dem der plötzlichen Verwicklung vor und begegnen uns dabei auf dem ganz gleichen Weg. Auch wir zerbrechen uns als Gewerkschaftler nicht die Köpfe über ein theoretisches Endziel, sondern sind bemüht, unsere tatsächlichen Kräfte entsprechend der Gegenwart Erfolge abzurufen und Stein auf Stein eine bessere Zukunft aufzubauen. Und schließlich dreht es sich bei dieser Taktik auch nur darum, auf welcher Seite die größere Macht ist.

Die Widerstände, die sich für uns bei den letzten Tarifverhandlungen zeigten, und zwar mehr im Hinter- als im Vordergrund, waren nun unzweifelhaft derart, daß wir sagen müssen: Gesetzgebung, Regierungsgewalt und Kapitalmacht zusammen sind den Arbeitern und damit auch uns gegenüber einseitiger und mächtiger. Hier allein ist der Schlüssel dafür zu finden, daß einmal die errungenen materiellen Vorteile vorläufig nicht richtig zur Geltung kommen können und zum andern unsererits auch Konzessionen gemacht werden mußten, die wir bei anderer Lage der Dinge schwerlich mit in Kauf genommen hätten. Darüber müssen wir uns in Zukunft mehr als bisher allgemein klar zu werden suchen.

Im allgemeinen sind die Zeiten, wo man noch mit einem Schein von Recht sagen konnte, die zunehmende Kapitalmacht schaffe Arbeit und Brot, vorbei. Statt einer durch die Fortschritte der Maschinenteknik fast ins Unermessliche gesteigerten Produktion zu erwartenden Ermäßigung der Warenpreise ist eine unenträglich allgemeine Steuerung zu verzeichnen. Der ungünstige Sommer in diesem Jahre ist daran nur zum kleinsten Teile Schuld. Im vorigen Jahre war die Landwirtschaft besser daran und trotzdem war auch bazumal schon alles teuer. Die ungünstige Witterung im laufenden Jahre hat dieses Übel nur empfindlicher gemacht. Willkürliche Produktionsweisen in Verbindung mit einer verzerrten staatlichen Steuer- und Zollpolitik haben die Steuererhebung der Lebensmittelpreise und der Preise für Industrieerzeugnisse hauptsächlich auf ihre

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 7. November 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 128.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Konto zu nehmen. Gerade um heimliche Spekulationen mit Angebot, Nachfrage und Produktion bilden die Geheimmittel agrarischer und industrieller Machtfaktoren zur Bereicherung durch Ausbeutung aller Arbeitskräfte. Die Willkür der Privatkapitalisten in der Anlegung ihrer Gelder tut ein übriges dazu, eine sprunghafte und ungesunde Vergrößerung einzelner Produktionszweige hervorgerufen und andere weniger rentable, aber für die Volkswirtschaft notwendige zu hemmen und zu verteuern. Eine solche Unregelmäßigkeit des Gebrauchs belastet dann auch viele Unternehmer und treibt sie zur Schädlichkeit an ihren Arbeitern, führt sie im weiteren zur Bildung von Kartellen und Trusts. In solchen Verbindungen wenden sich die Unternehmer dann gegen die Verbraucher der Waren. Die müssen höhere Preise bezahlen, die in keinem Verhältnis zu ihren Erzeugungskosten mehr stehen. Die Preise bleiben hoch, selbst dann noch, wenn ihre Herstellungskosten schon längst bedeutend gesunken sind. Die Unternehmer suchen die Vorteile des technischen Fortschritts allein an sich zu reißen. Besonders in der Bergwerksindustrie, wie überhaupt in der Gewinnung der Rohmaterialien und deren Vertrieb, zeigt sich diese rüchrische Tendenz. So hat sich in der Kohlenindustrie seit 1891 der Preis der Tonne um 45 Proz. und jener der Steinkohle um 25 Proz. gesteigert. Diese Preiserhöhung pflanzt sich dann fort, bis sie beim Konsumenten mit Zins und Zinseszins heimgegriffen ist. Denn diese schädliche Wirkung der Kartelle und Trusts überträgt sich auf die Maschinenfabriken, die Textilindustrie, die chemische und die Holzindustrie, von da auf die Papierfabriken usw. als Schraube ohne Ende auf die Bedarfsartikel des täglichen Lebens.

Das Schlimmste aber ist, daß sich eine so unsinnige, ja direkt gemeingefährliche Schädigung der Volkswirtschaften sogar unter dem besonderen Schutze der Gesetze und des Staates entwickeln kann. Das beweist z. B. die Entwicklung zweier deutscher Waggonfabriken, die als Lieferanten der staatlichen Eisenbahnverwaltungen in erster Linie in Betracht kommen. Diese beiden Gesellschaften haben in den letzten Jahren so hohe Reingewinne erzielt, daß die Verwaltungen sogar in eine „Not des Überflusses“ gekommen sind, und zwar in solchem Maße, daß sie angefangen, Bedenken zu tragen, die erzielten hohen Gewinne in voller Höhe als Dividenden auszuschlütten. Sie fürchten sonst die embleme Erkenntnis der Eisenbahnverwaltungen, daß sie zu hohe Preise bezahlen. Heute schon sollen nach einem Berichte der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ fast sämtliche Betriebsanlagelotken dieser Betriebe, wie Maschinen, alle älteren Gebäude usw., nur mit 1 bis 3 Proz. zu Buche stehen. Es fehlen also weitere Reserven zur Aufnahme von Rückschlägen. Darum haben beide Gesellschaften nun das Bestreben, durch Fusionen und Gründung von Zweiggesellschaften neue Abflusskanäle für die hohen Gewinne der Gesellschaften zu errichten. Solche Manipulationen bezeichnet selbst das „Berliner Tageblatt“ als wirtschaftlich unehrlich, die vom Standpunkt allgemeiner geschäftlicher Moral bekämpft werden müssen.

Solche Dinge passieren heute in industriellen Unternehmungen, die vom Staate und seinen Verwaltungen direkt gefördert werden. Wie mag es erst dort ausfallen, wo das Licht der Öffentlichkeit nicht so hinkleuchtet kann?

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Berlin. Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend. Die am 22. Oktober abgehaltene ordentliche Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Ergebnisse der Tarifrevision, soweit es unsere Sparte im besonderen betrifft. (Wir kommen an anderer Stelle darauf zu sprechen. Red.) Unter „Vereinsmitteilungen“ kam dann noch zur Sprache, daß im Berliner „Totalanzeiger“ den Stereotypen von der Geschäftsleitung zugemutet wurde, die Autoplate mit drei Gehilfen zu besetzen, während bisher zur Bedienung derselben vier notwendig waren. Die Firma hat erst vor kurzem durch Beseitigung der Fräser die Zahl der bis dahin zur Bedienung notwendigen fünf Kollegen auf vier herabgesetzt. Als das Verlangen der Firma auf Widerstand stieß, wollte sie anstatt eines Gehilfen einen Hilfsarbeiter an die Maschine stellen, trotzdem im Tarif ausdrücklich festgelegt ist, daß nur Stereotypen an der Autoplate beschäftigt werden dürfen. Natürlich lehnten die Gehilfen auch dieses ab. In der Versammlung kam die Meinung zum Ausdruck, daß durch solche Veruche einer Geschäftsleitung, gegen klare tarifliche Bestimmungen zu handeln, das Personal benutzigt werde, und es sei kein Wunder, wenn ein derartiges Vorgehen bestigen Unwillen erzeuge.

Leipzig. Das Gesamtpersonal der Firma Bernhard Meyer erhielt in Anbetracht der starken Lebensmittelerzeugung einen doppelten Wochenlohn ausgezahlt.

Auch die erkrankten Offiziersmitglieder traten in den Genuss dieser Vergünstigung.

Magdeburg. Dem Personale der „Volkstimme“ wurde eine Feuerungszulage gewährt, die für unsere Kollegen und die männlichen Hilfsarbeiter 2 Mt. wöchentlich ausmacht, für die Hilfsarbeiterinnen 1—1,50 Mt.

He. Bezirk Reife. Am 22. Oktober fand hier die zweite diesjährige Bezirksversammlung statt, welche von 152 Kollegen besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Swab Nagel (Brieg). Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Bezirksversammlung und der Vorstandsberichte der einzelnen Orte referierte Kollege Fiedler über die Tarifrevision. Die angenommene Resolution wurde bereits in Nr. 125 veröffentlicht. Der hierauf erstattete Kasienbericht ergab bis zum Schlusse des zweiten Quartals einen Bestand von 543,47 Mt. in der Bezirkskasse. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt und der Dank durch Erheben von den Plätzen abgefaßt. Für die Witwen und Invaliden des Bezirks bewilligte die Versammlung je 15 Mt. als Weihnachtsgeschenk. Die anwesenden Durchreisenden und Konditionslosen erhielten je 3 Mt. und ein bedürftiger kranker Kollege aus Brieg 30 Mt. als Unterstützung. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Brieg bestimmt. Nachdem noch einem Urtrage betreffend Anschaffung von Quittungsbüchern für den Gau Schlesien Zustimmung erteilt worden war, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Quedlinburg. Am 22. Oktober fand in Blankenburg die Herbstbezirksversammlung statt, zu der sich 76 Kollegen aus allen Duktoren eingefunden hatten. Wenn man berücksichtigt, daß etwa 120 Kollegen im Bezirk vorhanden sind, und daß die Tagesordnung eine sehr wichtige war, so muß dieser Besuch als mäßig bezeichnet werden. Bezirksvorsitzender Max eröffnete die Versammlung, die Kollegen und besonders den als Vertreter des Gauvorstandes anwesenden Kollegen Ohls (Halle) willkommen heißend. Des verstorbenen Kollegen Otto Rennie (Saragorbe) wurde in der üblichen Weise gedacht. Drei Situationsberichte des Bezirksleiters teils entnommen, teils in der Berichtszeit erfreuliche Fortschritte in der Ferienfrage gemacht wurden. So fanden Neubewilligungen von Ferien in Quedlinburg, Hankenburg, Thale und Ballenstedt statt. (Über die Ausnahme des Tarifergebnisses berichtet man an anderer Stelle. Red.) Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Quedlinburg gewählt. Es wurde hierbei dem Wunsch Kusdrud gegeben, vielleicht einmal einen Referenten vom Zentralvorstande zu bestellen. Eine sehr erregte Debatte entstand über eine Vorschlagsangelegenheit. Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Angelegenheiten erfolgte Schluß der anregend und interessant verlaufenen Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Rundschau.

Die Tarifamtsstatistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den deutschen Buchdruckereien, deren wir schon in Nr. 96 eingehender Erwähnung taten, verdient auch nach Abschluß des neuen Tarifs ganz besondere Beachtung seitens der Kollegenschaft. Sie dient durch ihr durchweg paritätisch gesammeltes und geprüftes Material für alle, die irgendein Interesse an den im Buchdruckgewerbe bestehenden Lohn-, Arbeits- und sonstigen Spezialverhältnissen haben, als Gradmesser des Fortschritts und Wider in den meisten gewerblichen, organisatorischen, materiellen und prinzipiellen Fragen der Gegenwart und Zukunft. Wir fühlen uns zu diesem nochmaligen Hinweis ganz besonders verpflichtet, weil in den letzten Wochen bei der Beurteilung des Resultats der diesmaligen Tarifverhandlungen so manche Behauptung aufgestellt wurde, die nach der hier in Frage kommenden Statistik nicht nur falsch, sondern im direkten Gegenteil zutreffend ist. Auf dieser Oberflächlichkeit in den Kenntnissen unserer tatsächlichen gewerblichen Verhältnisse beruht zum großen Teil die bedauerliche Tatsache einer gegenständlichen Entfremdung in Kollegenkreisen, weshalb wir allen Kollegen, die nicht nur kritisieren, sondern auch mitarbeiten wollen, daß es besser wird, dringend aus Herz legen möchten, sich dieser Informationsquelle zu bedienen. Die in ihr aufgeschriebene Arbeit ist riesengroß und steht in keinem Verhältnis zu dem billigen Preise von 20 Pf., einschließlich Porto, wofür die Statistik durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu beziehen ist.

Dr. A. Bannefoels „Stellungnahme“ zu unserer Tarifrevision ist nunmehr auch erfolgt. Zur Aufnahme nicht vor dem 4. November veränderte er einen Artikel seiner Korrespondenz, der den bisherigen Leistungen dieses Gewerkschaftskritikers und Parteitheoretikers die Krone aufsetzt. Unse Leser kennen das Urteil des

Dresdner Gewerkschaftskongresses über Bannefoels kritische Äußerungen. Jedes Wort der Erwiderung wäre um so mehr Verschwendung, als ja das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission in bester Weise vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus den Tarifabschluß geprüft und beurteilt hat. Uns interessiert daher nur, welche Organe Bannefoels „kritische Studie“ über unsern neuen Tarifvertrag gebräut haben. Wir bitten um gefällige Mitteilung darüber.

Herbstgehilfenprüfungen in Berlin. Der Prüfungsausschuss hielt 21 Sitzungen ab. Es wurden in diesen insgesamt 111 Säger, 84 Drucker und 12 Stereotypen resp. Galvanoplastiker geprüft. Die Prüfungsergebnisse bei den Sägern waren: 3 „Recht gut“, 16 „Gut“, 56 „Ziemlich gut“, 31 „Genügend“, 2 „Raum genügend“ und 3 „Ungenügend“; diese haben also die Prüfung nicht bestanden. Zwei Prüflingen ist es gestattet, frühestens nach einem halben Jahre die Prüfung zu wiederholen, während der Dritte sie vor Ablauf eines Jahres nicht wiederholen darf. Dieser letztere lernte bei dem Buchdruckereibesitzer Hoffmann in Franz-Vuchholz, woselbst außer dem Prüfling noch drei Lehrlinge ausgebildet werden. Gehilfen aber nicht beschäftigt sind. — Die Drucker erhielten folgende Noten: 2 „Recht gut“, 23 „Gut“, 38 „Ziemlich gut“, 18 „Genügend“, 2 „Raum genügend“ und 1 „Ungenügend“. Dieser hat demnach die Prüfung nicht bestanden, dieselbe darf vor Ablauf eines Jahres nicht wiederholt werden. — Bei den Stereotypen resp. Galvanoplastikern waren die Resultate: einer „Recht gut“, vier „Gut“, sechs „Ziemlich gut“, einer „Genügend“.

Der Gehilfenprüfung in Mex unterzogen sich sechs Säger. Davon erhielten drei die Note „Gut“, während die übrigen drei sich mit der Note „Genügend“ abfinden mußten.

Meister im Buchdruckgewerbe. Die Saarbrücker Handwerkskammer erklärte sich mit einem Urtrage der zuständigen Ortsgruppe des Deutschen Buchdruckervereins an Stelle des Titels „Buchdruckermeister“ die Bezeichnung „Meister des Buchdruckgewerbes“ bzw. „Meister im Buchdruckgewerbe“ einzuführen, eckerscheiden.

Eine neue Notationsmaschine nach dem Duplexsystem mit röhrenförmigen Platten wurde vor kurzem in England zum erstenmal einem Kreise von Sachverständigen vorgeführt. Die Plattenzylinder sind glatt und haben nur den halben Durchmesser der gewöhnlichen Notationsmaschinenzylinder. Die Maschine soll in der Stunde 25000 Exemplare drucken, und zwar von 4 bis 24 Seiten.

Wegen unlauterer Reklame wurde der Besitzer einer kleinen Buchdruckerei in Leipzig vom zuständigen Landgerichte zu 100 Mt. Geldstrafe verurteilt. Der Verurteilte hatte marktschreierische Prospekte verfaßt, worin seine Firma als die leistungsfähigste für Massenaufgaben jeder Art bezeichnet wurde und außerdem eine großartige Buchbinderabteilung angepriesen wurde, die überhaupt nicht bestand. Eine Schnell- und eine Vorkonpresse bildeten den ganzen Maschinenpark dieser „leistungsfähigsten“ Druckerei Leipzigs. Die Klage wurde vom Hauptvorstande des Deutschen Buchdruckervereins eingereicht und führte ohne längere Verhandlungen zu dem schon angeführten Resultate. Geldstrafe, statt Gefängnisstrafe, wurde nur deshalb verhängt, weil der Angeklagte noch jung und unbescholten war.

Bedauerliches Konkurrenzmandat. Angeblich wegen der herrschenden Teuerung hat ein Zeitungsverleger in Neustrelitz den Bezugspreis seiner Zeitung für Mitglieder von Vereinen um 1,50 Mt. auf 1 Mt. herabgesetzt. Im Wirklichkeit steckt aber dahinter nur das Bestreben, einen Konkurrenzorgan am Orte den Rang im Abonnentenfanz abzukaufen.

Die Allgemeine Buchdrucker-Unterstützungskasse hat am 28. Oktober in Eisenach unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einer Fremdenpension außerhalb der Stadt, wo die Herren Delegierten ganz unter sich waren, eine künstliche Auffrischung ihres in den letzten Jahren sich nach rückwärts entwickelnden Mitgliederbestandes vorgenommen. Das geschah durch Verschmelzung mit einer in Leipzig unter dem Namen „H. Franke“ und Begründerin, Invaliden- und Witwen sowie Arbeitslosenunterstützungskasse für Buchdrucker zu Leipzig“ bekannten und seit Jahren im Verborgenen dahingevegetierenden, nicht lebenden und nicht sterbenden Vereinigung von nicht ganz 500 Mitgliedern. Diese in Leipzig höchst unfruchtbare Versicherungskasse hat in der Hauptsache nur ältere Mitglieder, die aber teils dem Verbanne direkt feindlich gegenüberstehen, teils auch für die Mitgliedschaft im Verbanne gar nicht in Betracht kommen können. Zuflut jüngerer Mitglieder ist fast völlig ausgeschlossen. Auf diese Gründe dürfte es zurückzuführen sein, daß die Mehrzahl der Mitglieder dieser Kasse mit dem langen Namen für ihre alten Tage noch nach einem Unterchlupf

suchen. So landeten sie im Hafen der Allgemeinen Buchdrucker-Unterstützungskasse, wo sie von ihrer eingebrachten Mitgliedschaft langsame und ungewisse Erwartungen als im freien Kampfe mit des Schicksals Gewalten. Gleichzeitig hat dadurch die „Allgemeine Buchdrucker-Unterstützungskasse“ zweifellos eine sehr hohe weitere Verlastung ihres Ausgabenkontos erhalten, weshalb sie auf dieser Tagung eine beträchtliche Erhöhung des Beitrags vornahm, und zwar von 1 M. auf 1,25 M. Als Konzeption an die Mitglieder für diese Höhererhöhung ihrer Opferwilligkeit wurde die Karenzzeit verkürzt und der Wegfall der Klausel, daß nur der unerschuldet außer Arbeit Gefommente Unterstützung erhalten solle, beschloffen. Es hat demnach den Anschein, als ob diese Fusion ein weiterer Schritt auf dem Wege zum verdienten Ende dieser Pseudodarbeiterorganisationen ist.

Beschränkung der Koalitionsfreiheit durch christliche Verleger. In Regensburg führte eine Umfrage des Vorsitzenden des freien Buchbinderverbandes bei den katholischen Verlagsanstalten Buxtel, Gabbel und Manz zu der Feststellung, daß diese in ihren Buchbinderabteilungen nur noch solches Personal einstellen wollen, welches christlich organisiert ist. Alle Vorstellungen von der Unhaltbarkeit eines solchen unantwärtigen Zwanges nützen nichts. Immer wurde die gleiche Antwort gegeben: „Wir verlegen hauptsächlich christliche Literatur, christliche Vereine und Gewerkschaften sind unsere Kunden, und da können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir nur christlich Organisierte beschäftigen wollen, anstatt solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die weder unsere Verlagswerke kaufen, noch sie empfehlen, sondern sie sogar bekämpfen.“ „Liebet, die mich verfolgen“, soll der Stifter der christlichen Religion gesagt haben. Aber hier tun jene, die auf seinen Lehren ihre wirtschaftliche Existenz aufbauen, das direkte Gegenteil. „Was Brot ich eß, des Lied ich sing“, ist ihre Parole, während die Arbeiter toleranter sind als sie. Die Arbeiter fragen wenig danach, welchen religiösen oder sonstigen Zwecken ihre Arbeitsprodukte dienen. Sie arbeiten eben gegen Lohn und lassen ihre Unternehmer Christen, Heiden, Juden oder Türken sein, dafür verlangen sie aber nichts anderes, als daß man auch sie nach ihrer Fassung ruhig werden läßt. Wie gefährlich solche Grundzüge der Regensburger christlichen Verleger sind, kann man übrigens leicht durch Hinweis auf Geschehnisse aus ihren eignen Waffenarsenalen dartun: Denn es ist noch gar nicht lange her, daß der Öffentlichkeit der Baukau vorgebracht wurde, und die Oberchristen des Gutenbergbundes wälzten sich heute noch ganz wüßtig damit herum, daß es z. B. den sozialdemokratischen Buchdrucker einmal einfallen werde, nur noch das zu sehen oder zu drucken, was sozialdemokratisch sei und alles andere verweigern würden. Eine solche verriete Idee bezeichnete man als staatsgefährlich. Und in Regensburg will man jetzt christliche Arbeiten nur noch von christlichen Arbeitern verrichten lassen.

Das Reichspräsidentenwahlgesetz gegen die Arbeiterbewegung. In Breslau wurde eine Buchdruckerbesitzerin wegen Vergehens gegen § 6 des Reichspräsidentenwahlgesetzes mit einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt. Sie ließ auf einem Flugblatte des Bänderverbandes die Druckfirma mit dem Namen ihres erst kürzlich verstorbenen Mannes stehen. Obwohl sie glaubhaft nachweisen konnte, daß sie nicht die Absicht hatte, gegen das Gesetz zu verstoßen, wurde sie dennoch bestraft. Auch der Herausgeber des Flugblattes wurde unter Anklage gestellt, weil er den Erscheinungsort und die Angabe seiner Hausnummer auf dem Flugblatte nicht angegeben haben soll. Da vor Gericht

nicht festgestellt werden konnte, ob hier wirklich ein Verschulden des Angeklagten vorliege, da das Manuskript nicht zur Stelle war, so wurde die Verhandlung vertagt. Damit ist es aber noch nicht genug. Auch einige Bändergesellen, die das Flugblatt unentgeltlich verteilt haben sollen, standen vor Gericht. Da der Gauleiter des Bänderverbandes jedoch behaupten konnte, daß die Verteilung der Flugblätter gegen-Entschädigung erfolgt sei, soll auch hier erst ein zweiter Termin die Entscheidung bringen. Der Buchstabe des Gesetzes verlangt diese Vorstellung von „Viel Lärm um nichts“.

Briefkasten.

D. J. in Frankfurt a. M.: Die Übergangsbestimmungen erreichen nicht 1912, sondern am 1. Oktober 1913 ihr Ende. Erst von diesem Zeitpunkt ab ist die Ablegung der Gesellenprüfung Vorbedingung für die Meisterprüfung. Das geht aus unserer vorjährigen Artikelserie deutlich hervor. — R. in M.: 1. Auch in dem geschiedenen Falle hätten Sie unbedingt Erkundigung von dem betreffenden Gauvorstand einziehen müssen. 2. Darüber gibt Ihnen das veröffentlichte Beschlusprotokoll Antwort. 3. Unter den Eingängen in Nr. 120 sind Preis und Erscheinungsweise jenes Lieferungsverwertes angegeben. — J. R. in Rheid: Es lag keine Vernehmung vor. — T. in Greifswald: In einigen Nummern später erfolgt Antwort. — H. R. in Treptow: Wird bald aufgenommen. — F. A. Et. in Leeds: Ihre freundlichen Bemühungen erkennen wir gern an und danken Ihnen vielmals für die aufklärenden Mitteilungen über die Beurteilung der Dinge im Kreise der dortigen Kollegen. Der kleine Artikel findet demnach mit Verächtlichkeit, bisher war der Stoff andrang immer zu groß. Besten Gruß! — R. in D.: Ja, ja, wenn man sich so manchen der gestrenge Kritiker einmal in der Nähe betrachtet. . . . ! — Anonymus in Stuttgart: Ein nettes „Verbandsmitglied“, das sich — noch dazu auf einer offenen Postkarte — solche Unfälligkeiten erdreistet. Vergleichen Sie doch immer ihr Damaskus gefunden. — Nach Stuttgart: Das ist ja eine ganz andre Besart. Wir können es hier natürlich nicht wissen, daß „ein größerer Teil der Anwesenden“ für die Resolution einzig keine Hand erhoben hat, während bei der Gegenprobe verschiedene Kollegen gegen die Resolution stimmten. Richtiger wäre es aber gewesen, daß der „größere Teil“, dem die Einzige Resolution auf die Nerven fiel, geschlossen gegen sie votiert hätte, dann wäre ein Märees Bild herausgekommen und Stuttgart's Unzufriedenheit wäre auch so ausgedrückt worden. Es ist ein Trauerpiel, daß immer der Mangel an Individualität befaßt und gesagt wird, wir brauchen Charaktere, aber in Momenten der Erregung gibt alles willig gerade denen als Befolge hingibt, die sonst am meisten über das Herdenbewußtsein der Masse spotten. Daß die Versammlungsleitung jedoch unter solchen Umständen einstimmige Annahme, die nach dem Verlaufe in der „Schwäbischen Tagblatt“ sogar unter kirchlichen Beifall erfolgte, konstatieren konnte, ist auch uns unverständlich. Ihre Meinung über Blinzig selbst sagt uns nichts Neues. Daß bei einer geheimen Abstimmung ein ganz anderes Resultat in Stuttgart herausgekommen wäre, glauben wir, bleiben; aber bei unserer Ansicht bestehen, daß auch öffentlich jeder seiner wahren Meinung Ausdruck geben muß. Dann würden auch diejenigen, die sich, durchaus nicht immer zum Vorteil unserer Sache, als Versammlungsmatadore aufspielen, einen größeren Respekt vor dem Urteile der Kollegenchaft bekommen. Was jetzt alles zusammenresolviert

wird, spiegelt durchaus nicht immer, das wahre Empfinden der Kollegen an einem Orte wider. Wie in Stuttgart hat sich das noch schlimmer in Frankfurt a. M. erwiesen. — Sängerrunde in Harren: Die „naturgetreue“ Aufnahme von der letzten Kreisvertreterkonferenz des Gutenbergbundes haben wir mit großem Vergnügen empfangen. Selbstverständlich wird diesem trefflichen Konzepte ein Ehrenplatz in der Redaktion eingeräumt. Freundl. Gruß! — H. R. in S.: 1. Uns ist ebenfalls bekannt, daß vom „Typograph“ die letzten Nummern mit einem Umschreiben in dem bekannt liebesdienlichen Stil an die namhaftesten Prinzipale versandt wurde. Es ist aber nichts dagegen einzumenden, denn die vom Bundesorgane beliebte Umschreibung kann den Adressaten ja nur die Augen öffnen, was Geistes sind die Bundesleitung ist. Das muß ja Wunder wirken, und wenn allenthalben diese Zusendungen eine Wirkung finden, wie sie uns gegenüber einer der „Wegläuterten“ kurz und präzis in die Worte liebet: „Gute Dreckschleuderei!“ so sind wir es gern zufrieden. 2. Der „Typograph“ bemüht sich krampfhaft, den Bundesvorsitzenden herauszuheulen und schreibt deshalb ins Blaue hinein, was der Bundesvorsitzende während der Tarifverhandlungen gesagt haben könnte. Zu Wirklichkeit hat diese Art der Vertretung von Geselleninteressen immer mehr Austritte aus dem Bunde zur Folge. Das Verlangen des Bundesorgans an uns, Namen oder Orte zu nennen, ist sehr durchsichtig; es würde eben die Bestrebenden dann in der unchristlichsten Weise öffentlich herunterreißen. 3. Daß der „Typograph“ so genau über die kräftigsten Zwischenrufe in den Kreisversammlungen unterrichtet ist, beweist lediglich, daß die in diese Versammlungen delegierten Bänder ihre Rolle als Agents provocateurs sehr gut gespielt und vielleicht auch prompt nach erhaltener Anweisung zur Ausführung gebracht haben. 4. Allerdings ist es richtig, daß das, was von den Überlebenden des „Typograph“ noch als Tatsache verbleibt, den sich in den Versammlungen ausbelebenden, sachlichen Kritikern ein Fingerzeig sein müßte, daß sie dem Gutenbergbunde die besten Waffen liefern. 5. Treffers beispielloses Talent, alles zu verquatschen, feiert auch in dieser Schreiberlei wieder Orgien. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Der „Typograph“ läßt den Kollegen Graßmann in der Kölner Versammlung reden und eine Sache verschärfen, obwohl Graßmann seit einem halben Jahre nicht in Köln gewohnt hat. Also muten Sie uns nicht zu, auf den ganzen Quatsch und die Dreckschleuderei des „Typograph“ näher einzugehen. Frdl. Gruß! B. Schw.: 4, 10 M.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 131. Fernsprechnr. VI, 11191.

Eberfeld. Der Drucker Walter Behrens aus Braunshweig wird aufgefordert, die in der Reichspräsidentenwahlgesetz vom August zu begleichen, andernfalls Ausschluss erfolgt.

Versammlungskalender.

Danzig. Maschinenmeisterversammlung (Gau Westpreußen) Freitag, den 10. November, im Vereinslocale Posters, Adersgasse 23.
Frankfurt a. M. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 12. November, vormittags pünktlich 10 Uhr, im „Laudbeck“.
Leipzig. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 12. November, vormittags 10½ Uhr, im „Volkshaus“ (Kolonnadenstra. 10, Leiter Straße).

Süddeutschland.

Auswärtig gebildeter junger Kaufmann mit guten Umgangsformen, zwei Jahre höhere Handelschule mit Erfolg besucht, äußerst fleißige, zuverlässige Kraft, sucht per bald Kontorstellung. Württemberg oder Baden bevorzugt. Werte Angebote erbeten unter Nr. 96 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Jüngerer, tüchtiger

Akzidenzsetzer

im Entwurfsstadium, von besserer Leipziger Akzidenzdruckerei gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 99 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tiegeldrucker

der im Illustrations- und Farbenbrenn- Geschäftes zu leisten vermag, für große Viktorienpresse gesucht. Stellung angenehm in dauernde. Bewerbungen und Lebenslauf erbeten an Müller & Birke, Göttingen.

Schriftgießer

zum Fertigmachen und Kontrollieren und zur Unterstützung des Faktors sofort in dauernde Stellung gesucht. Schriftgießerei Heinrich Hoffmeister, Leipzig, Lange Straße 22. [76]

Tüchtiger Fertigmacher

gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf an Gebr. Klingenspor, Offenbach a. M. [70]

Tüchtiger, selbständiger

Galvanoplastiker

auf Platinanodifikation eingearbeitet, sofort nach Nürnberg gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 77.

Galvanoplastiker

tüchtiger, zuverlässiger, mit allen vorkommenden Arbeiten vertrauter Arbeiter, für dauernde Stellung gesucht. [88]

Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M.

Tüchtiger Galvanoplastiker

gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbeten an [101]

Gebr. Klingenspor, Offenbach a. M.

Monotypsetzer, Metzer, Wertsetzer, Korrigierer

für Monotypsetzerei in Stellung zum 12. November. Werte Offerten unter „Hubert“ post. Trebbin (Kreis Zeltow) erbeten. [68]

Tiegeldrucker

speziell im feinen Farbenbrenn erfahren, sucht in Leipzig zu verändern. Werte Offerten unter S. K. 94 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

H. MATHAEUS
DESSAU
Flossergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Gegen monatl. Teilzahlungen

erhalten Verbandskollegen Brochhaus' u. Meyers 21. Konventionserklärung u. andre größere Werte durch R. Diehl, München 80 7, Holzstr. 7. [805]

Am 1. November verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege
Hermann Ebke
im 62. Lebensjahre. Wir betrauern seinen Heimgang und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [106]
Die Kollegen der Königl. Hofbuchdruckerei Wilhelm Gröbe, Berlin.

Am 31. Oktober verschied nach langem Leiden unser lieber, treues Mitglied, der Setzerinvalide
Ferdinand Scheidter
aus Aschaffenburg.
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren. [97]
Der Bezirksverein Hanau.

Todesanzeige.
Am 1. November verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kollege, der Setzer
Eduard Reuter
aus Siegburg, im Alter von 31 Jahren.
Ehro seinem Andenken! [102]
Der Ortsverein Köln (V. d. D. B.).

Die Herren Kassefferverwalter sowie alle Kollegen werden ersucht, die Adresse des Schriftsetzers **Georg Leonhard**, geb. am 8. Juli 1874 in Schneidemühl, an die Unterfertigten gelangen zu lassen. Ansuchen werden gern vergütet.
Familie Leonhard, Wabernstr. 105, Ludwigstraße 40.

Am 31. Oktober verstarb im hiesigen städtischen Krankenhaus nach langem, schwerem Leiden der Setzer
Anton Brychcy
im Alter von nahezu 25 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [104]
Der Ortsverein Bouthen (Oberschl.).

Erst vor kurzem in seine Heimat zurückgekehrt, verstarb am 31. Oktober im Krankenhaus zu Bouthen der Setzer
Anton Brychcy
im Alter von fast 25 Jahren an einer älteren Herzkrankheit.
Ehro seinem Andenken! [108]
Der Bezirksverein Bouthen (Oberschl.).

Adressen für Zusendungen an den Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer:
Hr. Kritiker, Gelehrter, Genossen und Volkswirtschaftler: Willi Kraß;
Gegensätzliches, Unbilliges und Unrechtes: Charles Schäffer;
Korrespondenzen, Ausland und Beilagen: Kayl;
Kleinanzeigen: Wilhelm Schmitt;
Werbungsanzeigen, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Schmitt;
[Samtlich in Leipzig, Salomonstraße 8. (Fernspr. 14111, Straße und Hausnummer ist stets angegeben)]